

Eva Feldmann-Wojtachnia:

Nach dem EU-Beitritt: Die politische Teilhabe von Frauen in Polen

1. Einleitung

Mit dem Ende des Kommunismus wurde in Polen eine grundsätzliche Debatte zur Zukunft der Zivilgesellschaft angestoßen, die auch die private und öffentliche Rolle der Frau ins Visier nahm. Die gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme von Frauen an öffentlichen Belangen und an der Politik ist dabei kein selbstverständliches Ergebnis des demokratischen Transformationsprozesses. Es wurde zwar vielerorts versucht, Probleme der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ehrlicher als zuvor zu benennen und stereotype Vorstellungen über die gesellschaftlichen und familiären Aufgaben der Frau aufzubrechen. Vor dem Hintergrund des angestrebten EU-Beitritts gab es zudem eine Vielzahl von entscheidenden Rechtsreformen. Allerdings ist die Verwirklichung der vollkommenen Gleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur in Polen ein zäher, offensichtlich langatmiger Prozess, der eher im Vergleich zu anderen Ländern als absolut zu bewerten ist.

Soll ein möglichst differenziertes Bild über die Lage der Frauen in Polen gezeichnet werden, dann müssen mehrere Felder gleichzeitig in den Blick genommen werden. Hierzu gehören neben dem rechtlichen Rahmen zur Verankerung der Chancengleichheit die konkrete Situation auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und im Hinblick auf die Besetzung von Macht- und Entscheidungspositionen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und den Medien. Zudem sind Frauen ungleich öfter Opfer von organisierter Kriminalität, insbesondere des Menschenhandels. Bei einer vergleichenden Untersuchung aus dem Jahre 2002 zum Thema ›Europa der Frauen und die EU-Osterweiterung¹ stellte sich die Lage in Polen in den Bereichen der Bildung und der Arbeitsmarktsituation als verbesserungsbedürftig dar. Dafür wurde, was die Chancengleichheit, den Menschenhandel und die politische Teilhabe betraf, im Vergleich zu den anderen Kandidatenländern bereits einiges erreicht. Beispielsweise haben die polnischen Behörden vor dem Hintergrund, dass Polen zugleich Herkunft-, Ziel- und Transitland für Frauenhandel ist, ihre Anstrengungen verstärkt, so dass die Zahl der Angeklagten in diesem Bereich deutlich erhöht werden konnte und dadurch die tatsächliche Zahl der Opfer realistischer eingeschätzt werden kann. Wenn es um Frauen in politischen Entscheidungsfunktionen geht, so wurden bei den letzten Parlamentswahlen deutlich mehr Frauen in beide Kammern des polnischen Parlaments gewählt. Damit liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei ca. 20 Prozent (zuvor bei 13,5 Prozent), und im Senat beträgt der Frauenanteil um die 23 Prozent (zuvor 12 Prozent). In den nationalen Parlamenten der alten EU-Staaten liegt dieser Anteil bei durchschnittlich 22,6 Prozent.²

Tatsache ist, dass der Transformationsprozess die Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt besonders in Polen erschwerte. Im Vergleich mit den anderen neuen Mitgliedstaaten sind die Quoten der Arbeitslosigkeit – hauptsächlich die der Frauen – in

1 Siehe ausführlicher: Gröner, *Europa der Frauen und EU Osterweiterung*, S. 45-49.

2 Eine aktuelle Bestandsaufnahme zum Frauenanteil in Legislative und Exekutive in Polen siehe Fuszara, ›Unvollendete Demokratie‹, S. 81-101.

Polen sowie der Slowakei mit Abstand am höchsten.³ Von Anfang an wurden mehr Frauen als Männer arbeitslos, da es für sie schwerer war, die neuen Erwartungen im Hinblick auf Mobilität, Arbeitszeiten und Verfügbarkeit zu erfüllen. Dennoch darf auch nicht übersehen werden, dass der Umbruch für die Frauen auch neue Chancen, wie beispielsweise die Möglichkeit zur beruflichen Selbständigkeit, eröffnete. Der Transformationsprozess hat es auch mit sich gebracht, dass in der pluralistischen, demokratisch verfassten Gesellschaft die Wünsche und Interessen von Frauen individuell sehr unterschiedlich ausfallen.

Sieht man sich die ökonomische Statistik genauer an, so zeigt sich, dass beispielsweise im Jahre 2003 die aktive Berufstätigkeit der männlichen Bevölkerung über 15 Jahre bei 50,9 Prozent und die der Frauen bei 38,2 Prozent lag. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Männer hingegen ist mit 11,5 Prozent höher als der der Frauen (9,7 Prozent). Am aufschlussreichsten ist hier die Quote der sogenannten »passiv Berufstätigen«, also derjenigen, die vorübergehend (oder zumindest mit dieser Absicht) oder als Frührentner aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Hier versteckt sich ein unvergleichbar hoher Frauenanteil (52,1 Prozent).⁴

Wie sich anhand dieses einleitenden Abrisses zeigt, umfasst die Beschreibung der aktuellen Situation von Frauen in Polen auf den unterschiedlichsten Ebenen vielfältige Aspekte. Dies reicht beispielsweise vom Frauenhandel und der Arbeitsmarktlage über die gesundheitliche Situation bis hin zu Fragen der Chancengleichheit und der Ausbildung. Eine umfassende Untersuchung aller Frauenthemen würde den Rahmen dieses Beitrags bei weitem übersteigen, daher richtet sich der Fokus im Folgenden vorrangig auf die politische Dimension und geht der Frage nach, welchen Rahmenbedingungen die politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen in Polen nach dem EU-Beitritt unterliegt und welche Perspektiven sich für die Zukunft ableiten lassen.

2. Altlasten des Kommunismus

Mit Ausnahme von Malta und Zypern lastet auf den neuen Mitgliedstaaten der EU das Erbe der kommunistischen Herrschaft, welche bei den Menschen eine ambivalente Einstellung zu Fragen der Emanzipation, der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Geschlechtergerechtigkeit, aber auch zur Politik im Allgemeinen bewirkt hat. Zum einen hatte die sozialistische Ideologie die Emanzipation von Frauen auf ihre ökonomische Funktion, also die volle, gleichgestellte Eingliederung in den Produktions- und Erwerbsprozess, reduziert. Eine tiefreichende gesellschaftspolitische Debatte über die tatsächliche Ungleichheit der Geschlechter wurde von dem Regime jedoch nicht zugelassen.⁵ Trotz gegensätzlicher ideologischer Proklamationen wurden parteipolitische und damit oftmals auch berufliche Führungspositionen vorwiegend an Männer vergeben.⁶ Zum anderen verbindet sich bei vielen Menschen in Mittel- und Osteuropa, wie

3 Nach Übersicht der Entwicklung der Arbeitslosenquote der letzten Jahre in den Beitrittsländern (Gröner, Europa der Frauen und EU-Osterweiterung, S. 15) waren beispielsweise im Jahre 2000 18,1% der Frauen und 14,4% der Männer arbeitslos, in den übrigen Ländern - mit Ausnahme der Slowakei und Bulgariens - liegt die Quote nur um die 10%.

4 Bei den Männern liegt dieser Anteil bei 37,6%; Zahlen nach Piotrowska, *Kobiety i Mężczyźni na rynku pracy GUS 2004*.

5 Vgl. Beer/Chalupsky, *Vom Realsozialismus zum Privatkapitalismus*, S. 205.

6 Vgl. Mommsen, *Die politische Rolle der Frau in Ost und West*, S. 3-13.

auch bei den politischen Eliten dieser Länder, ein negativer Beigeschmack mit der Idee der Gleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern.⁷ Dies führt heute vielerorts zu einem Unverständnis gegenüber der europäischen Leitlinie des *Gender Mainstreaming* bis hin zu einer generellen Ablehnung von Feminismus.

Besonders in Polen formte die Gesellschaft neben der kommunistischen, offiziellen Gesellschaftsstruktur einen privaten Gegenentwurf, wobei das Selbstverständnis auf der deutlichen Abgrenzung zur Staatsdoktrin beruhte und sich auf die Werte der christlich-abendländischen Tradition stützte. Bei diesem Rückzug ins Private spielte die Familienbindung eine entscheidende Rolle, die in Polen im historischen Bewusstsein zu den Grundbedingungen des nationalen Überlebens gehörte. Die Familie wurde als Wiege des geistigen Widerstandes, als Filter und Korrektiv angesehen.⁸ Besonders zu sozialistischen Zeiten diente die Familie, in die auch Verwandte, Freunde und Nachbarn einbezogen wurde, als Institution zur gegenseitigen Hilfestellung bei der Bewältigung des Alltagslebens. Dieser hohe Stellenwert hat zur Folge, dass gerade den Frauen gegenüber ein hoher Grad an Respekt für ihre familiären und häuslichen Pflichten besteht und dies zu einer deutlichen Identifikation mit dieser ›traditionellen‹ Frauenrolle führt.

3. Politische Steuerungskraft durch Frauen

Wenn polnische Frauen von sich und über sich sprechen, unterscheiden sie im Allgemeinen drei Typen: ›Traditionalistinnen‹, für die Familie, Kinder und Ehemann ohne Einschränkungen obenan stehen, ›Berufstätige‹, die Familie und Beruf bewältigen, ihre Karriere jedoch der Familie unterordnen, und die sogenannten ›Erneuerinnen‹, die sich der traditionellen Rolle der Frau völlig entziehen, allerdings dafür keine breite Akzeptanz finden.⁹

Der allgemein weit verbreitete Anspruch, dem traditionellen Idealbild der guten polnischen Mutter und Ehefrau möglichst hundertprozentig gerecht zu werden, führt in Polen – anders als in Deutschland – nicht zu Verbissenheit und Frustration. Ein solches Rollenverständnis trifft vielmehr auf breite Zustimmung bei den Frauen selbst und wird von vielen als notwendige persönliche und gesellschaftliche Grundlage für die Formulierung eines positiven Selbstbilds, geprägt von Optimismus, Tatkraft und Wärme, angesehen.

Dennoch sind gerade in Polen vergleichsweise viele Frauen in öffentlichen Spitzenpositionen vertreten. Zu den prominentesten Persönlichkeiten gehört sicherlich die Rechtsprofessorin Hanna Suchocka, die von 1992 bis 1993 das Amt der Ministerpräsidentin innehatte, zuvor Abgeordnete im Europarat und später Justizministerin war. Ihr ist es entscheidend zu verdanken, dass sich in Polen das Negativbild von Frauen in der Politik im Sinne des ›Elena-Ceausescu-Syndroms‹ nicht manifestieren konnte.¹⁰ In diesem Zusammenhang sind zweifelsohne auch die Präsidentin der Polnischen Nationalbank, Hanna Gronkiewicz-Walcz, sowie die polnische Wirtschaftsprofessorin und jetzige EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, zu nennen. Sie war zuvor pol-

7 Ausführlich siehe dazu Hoecker/Fuchs, Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Beitrittsländern im Vergleich, S. 285ff.

8 Ausführlich siehe Feldmann, ›Für Eure und unsere Freiheit‹, S. 106ff.

9 Vgl. Kuczmowska, Kinder, Küche und Karriere, S. 14.

10 Vgl. Hoecker/Fuchs, Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Beitrittsländern im Vergleich, S. 291f.

nische Europaministerin und bereits Konventsmitglied, wo sie sich aktiv und qualitativ herausragend am Entstehen der Europäischen Verfassung beteiligte. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union wechselte sie in die EU-Kommission, wo ihr mit der Verantwortung für die europäischen Strukturfonds ein Schlüsselbereich anvertraut wurde. Danuta Hübner genießt aufgrund ihrer europolitischen Fachexpertise sowohl innerhalb Polens wie auch auf internationaler Ebene ein hohes Ansehen.

In der politischen Kultur Polens ist es ohnehin nichts wirklich Außergewöhnliches, einflussreiche Frauen in Entscheidungspositionen oder wissenschaftlichen Spitzenfunktionen anzutreffen. Im öffentlichen Bewusstsein überzeugt hier die entsprechende Fachkompetenz, die an sich eine verhältnismäßig hohe Anerkennung genießt. Dies mag damit zusammen hängen, dass in Polen höherer Bildung und somit akademischen Berufen ohnehin ein relativ großer, geschlechtsunabhängiger Respekt entgegengebracht wird. Interessanterweise ist der Beschäftigungsquotient bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss und Abitur nahezu ausgeglichen. In den mittleren und unteren Bildungsschichten fällt der Anteil der Frauen dann jedoch deutlich hinter den der Männer zurück.¹¹

In Polen als einem Land, welches nach wie vor stark von Landwirtschaft geprägt ist und wo knapp 40 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande leben, besteht letztlich ein eklatantes Bildungsgefälle, welches sich auch auf die Situation und die Chancen von Frauen auswirkt. Während in den Städten der Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen bei ca. 10 Prozent liegt und der Anteil derjenigen, die eine höhere Schule besucht haben bei ca. 34 Prozent, weisen in ländlichen Regionen nur knapp zwei Prozent der Bevölkerung einen Hochschulabschluss und ca. 15 Prozent den Abschluss einer höheren Schule vor.¹² Wenn allgemein der Anteil der Bevölkerung mit höherer Ausbildung derart niedrig liegt, so steigen letztlich die Chancen von Frauen, ihre Qualifikationen auch tatsächlich gesellschaftlich einbringen zu können. Besonders der Anteil der *politisch* aktiven Frauen ist jedoch weiterhin eher gering, wie von den unterschiedlichsten Frauenrechtsorganisationen in Polen beklagt wird.

Das in Polen populäre klassische Rollenverständnis der Frau schließt allerdings nicht aus, dass es nicht auch ein lebhaftes Netz von engagierten Frauenrechtsorganisationen im nicht-staatlichen Sektor gibt, welches von den unterschiedlichsten Frauenförderungs- und Trainingsmaßnahmen über gezielte Informations- und Forschungstätigkeit bis hin zu feministischen Bildungsprogrammen reicht und auf der europäischen Ebene beispielsweise über die polnische Sektion der Europäischen Frauenunion ebenfalls gut verankert ist. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das *Centrum Praw Kobiet* (Frauenrechtszentrum),¹³ welches einen umfangreichen Frauenbericht für die 90er Jahre vorgelegt hat,¹⁴ der in den verschiedenen Politikbereichen Beachtung gefunden hat. Er zeichnet ein umfassendes, wissenschaftlich hervorragend aufgearbeitetes Bild der Situation der polnischen Frauen nach der Wende und analysiert die staatlichen Instrumente zur Frauenförderung. Zudem setzt er sich mit dem Frauenanteil an der Macht oder bei den Medien sowie mit der Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt auseinander, beleuchtet die Bildungspolitik unter Frauenaspekten, untersucht die Familien-

11 Ausführlicher siehe den statistischen Überblick zur Situation von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 2004 von Piotrowska, *Kobiety i Mężczyźni na rynku pracy* GUS 2004.

12 Ausführlicher siehe Feldmann, »Für Eure und unsere Freiheit«, S. 87ff.

13 Siehe die Internetseite (auch in Englisch) unter <http://free.ngo.pl/temida/>.

14 Vgl. Women's Rights Center, *Polish Women in the 90's*.

situation und geht der Frage der Gewalt an Frauen nach. Weiterhin greift der Rapport die Gesundheitssituation für Frauen auf und beschäftigt sich mit Schwangerschaftsfragen.

Es ist beachtlich, wie umfangreich und kompetent Frauenfragen einerseits theoretisch bearbeitet werden, andererseits aber eine Entsprechung auf der praktischen Ebene bei der breiten Repräsentation von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oder bei der Ausformulierung einer zielgerichteten Frauenpolitik letztlich fehlt.

4. Die EU-Politik als Instrument zur Beschleunigung des sozialen Wandels

Die polnische Beteiligungskultur stützte sich in der Vergangenheit hauptsächlich auf den politischen Widerstand und hatte die Freiheit und Unabhängigkeit Polens zum Ziel. Der brutale Überfall Hitlers auf Polen am 1. September 1939 und die nachfolgende Besatzung hatten zur Folge, dass es ein Großteil der polnischen Bevölkerung als nationale Pflicht betrachtete, sich in den aktiven Kampf gegen das Unrecht und die grausame Willkür der Deutschen zu begeben. In der Widerstandsbewegung waren somit Männer wie Frauen fast zu gleichen Teilen engagiert. Besonders unter den Frauen gab es herausragende Persönlichkeiten und mutige Heldinnen, wie beispielsweise die Schriftstellerin Zofia Kossak (1890-1968), die als Mitglied der polnischen Heimatarmee unter lebensbedrohlichen Umständen die konspirative Hilfsorganisation für Juden ›Zegota‹ gründete. Wie zahlreiche weitere Frauen, die sich am Warschauer Aufstand beteiligten, genießt sie bis heute höchste Anerkennung.

Zivile Zeiten, auch wenn sie wie der Beitritt Polens zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 durchaus von historischem Ausmaß sind, bringen offensichtlich eine ähnlich breite gesellschaftspolitische Frauenbeteiligung nicht hervor. Tatsache ist dennoch, dass die polnische Regierung mit Danuta Hübner gerade eine Frau als EU-Kommissarin an die Brüsseler Schlüsselposition gestellt hat. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass ihr ein hohes Vertrauen in ihre Kompetenz und allgemeine Anerkennung entgegengebracht wird. In der 25-köpfigen EU-Kommission ist sie eine von nur sieben Frauen (Schweden, Dänemark, Österreich, die Niederlande, Luxemburg und Litauen waren ebenfalls zu dieser Entscheidung bereit). Inwieweit dies ein Indikator dafür sein könnte, dass mit Polens Beitritt zur EU und der neuen Kommissarin ein Wandlungsprozess in Gang kommt, wird jedoch erst die Zeit beantworten können.

Seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 war eines der prominentesten, unumstrittenen Hauptziele der polnischen Außenpolitik der Beitritt zur Europäischen Union. Nachdem bei der Sitzung des Europäischen Rats in Kopenhagen im Jahre 1993 die Bedingungen für den Beitritt zur Europäischen Union festgelegt wurden,¹⁵ konnte die polnische Regierung 1994 offiziell einen entsprechenden Beitrittsantrag stellen und ab 1998 konkrete Beitrittsverhandlungen aufnehmen. Als Voraussetzung für den Beitritt Polens galt unter anderem die Übernahme des gemeinsamen Rechtsstandes der Europäischen Union, des sogenannten *aquis communautaire*. Hierzu gehörten beispielsweise auch Reformen im Arbeitsrecht, die sich aus den europäischen Richtlinien bezüglich der Chancengleichheit von Mann und Frau ergaben. Die notwendigen Änderungen wurden in den letzten Jahren schrittweise ins polnische Recht übernommen, wobei sie anfänglich von eher allgemeinem Charakter waren. Im Laufe der 90er Jahre kamen das Antidiskriminie-

15 Vgl. Rat der Europäischen Union, Europäischer Rat Kopenhagen, 21.-22. Juni 1993.

rungsgebot und die Pflicht zur Achtung der Würde der Beschäftigten am Arbeitsplatz hinzu. Seit 2002 gelten in Polen bereits die Rechtsanpassungen hinsichtlich der Chancengleichheits-Richtlinien der EU, wobei die praktische Durchsetzung dieser Rechtsansprüche schwerer zu gewährleisten ist.

In diesem Zusammenhang kommt dem bereits 1991 geschaffenen Amt der ›Regierungsbeauftragten für die Gleichstellung von Frauen und Männern‹ eine Schlüssel-funktion zu. Die 2004 ins Amt berufene promovierte Philosophin Magdalena Sroda demonstriert derzeit mit aller Entschlossenheit, dass sie bereit ist, gegen feststehende Stereotypen bei der Rollenverteilung zwischen Frau und Mann auch über Tabugrenzen hinweg anzukämpfen. Das polnische Parlament, der Sejm, hatte auf Anregung der Par-lamentarischen Gruppe der Frauen zuvor zweimal über einen Gesetzesentwurf zur Gleichstellung von Frauen und Männern beraten. Zweimal sollte – bisher ohne Erfolg – eine feste parlamentarische Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern eingerichtet werden.

In der polnischen Verfassung, die endgültig 1997 ratifiziert und per Referendum an-genommen wurde, wurde die grundsätzliche Gleichberechtigung von Frauen und Män-nern verankert. Der bis dahin gültigen Verfassung von 1957 lag dieses egalitäre Grund-verständnis nicht in dieser Form zugrunde. Denn sie bezog sich in der Formulierung der entsprechenden Passage auf den Mann als Norm (›Die Frau hat die gleichen Rechte wie der Mann‹ im Vergleich zu der jetzigen Formulierung ›Frauen und Männer haben glei-che Rechte‹). An dieser Stelle lässt sich in der Rechtsauffassung ein gewisser sozialer Wandel ablesen, wenn auch fraglich bleibt, wie groß der Wirkungsgrad in die Gesell-schaft und in das politische Alltagsgeschäft hinein ist.

Dennoch führt die alleinige Anpassung des *aquis communautaire* nicht automatisch zu mehr politischer und gesellschaftlicher Teilhabe von Frauen. So hilfreich auch die Einführung des Gleichheitsprinzips im Bereich der Beschäftigung in Polen eingeschätzt wird,¹⁶ so wenig ist dieses Prinzip in Bezug auf die Besetzung von politischen Ämtern und Entscheidungsgremien anwendbar. Hier herrscht weiterhin eine Unterrepräsentation von Frauen, wobei die Einbindung Polens in die Europäische Union hierbei kaum von Einfluss zu sein scheint. Zum Teil bestehen große Zweifel bezüglich der richtungswei-senden Dokumente und Verordnungen aus Brüssel, da die Brüsseler Bürokratensprache zum Teil in äußerst schlechter Übersetzung oftmals auf Unverständnis stößt oder zu großen Missverständnissen führt. Neben der Diskussion um Quotenregelungen für Frau-en bei der Besetzung von gesellschaftspolitisch relevanten Ämtern und auf den Wahl-listen der politischen Parteien ist zweifelsohne letztlich der politische Wille ausschlag-gebend für weitreichende Reformen. Damit nicht zwischen Brüssel und Warschau aneinander vorbeigeredet wird, scheint es zukünftig wichtig zu sein, neben allen Steue-rungsinstrumenten der EU hauptsächlich zu persönlichem Austausch und echtem, auch länderübergreifenden Dialog zu kommen. Eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Situation wäre dabei sicherlich auch, wenn von der EU nicht nur die offizielle Ver-tretung der Regierungen (dies sind ohnehin zumeist Männer), sondern auch die NGO-Szene in ihrer vielseitigen Bandbreite als wichtige, gleichberechtigte Akteurin zur Um-setzung weitgehender Chancengleichheit erkannt und besser finanziell unterstützt würde.

16 Vgl. Fuszara, ›Unvollendete Demokratie‹, S. 95.

5. Fazit: Zwischen traditionellem Rollenbild und neuer gesellschaftlicher Verantwortung

Europa wächst immer enger zusammen, und die Erweiterung der Europäischen Union bringt aufgrund des enormen Reformdrucks durchaus Chancen für die zukünftige soziale Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Miteinanders in Europa mit sich. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Mehrzahl der Menschen in der Europäischen Union Frauen sind. Dennoch hat dieses quantitative Übergewicht keine qualitative Entsprechung. Auch der Verfassungsprozess konnte hier keine entscheidende Verbesserung erzielen: Für die Verfassungsväter, die mit 84 Prozent den Konvent dominierten,¹⁷ hatte die Geschlechtergerechtigkeit offenbar keine größere Relevanz. Es zeigt sich auch hier einmal mehr, dass Frauenbelange – trotz der politischen Leitlinie des *Gender Mainstreaming* – keine wirkliche Lobby haben, solange die institutionelle Partizipation von Frauen immer noch relativ gering ist.

Mit dem Blick auf die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union muss deutlich unterstrichen werden, dass Polen – anders als oft behauptet wird – in Fragen der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Frauen keinesfalls rückständig ist oder je war. Das Wahlrecht für Frauen wurde beispielsweise 1918 zeitlich deutlich früher als in einer Reihe von westeuropäischen Ländern eingeführt. Auch im EU-Vergleich und insbesondere im Vergleich mit Deutschland fällt der Anteil der in Polen aktiv an der Politik beteiligten Frauen nicht völlig aus der Reihe, wenn auch das Bewusstsein für Gleichberechtigung und Emanzipation eine unterschiedliche historische Rückbindung aufweist und dies eine andere Herangehensweise an Frauenfragen bedingt.

Generell gilt es zu unterstreichen, dass mit Polens Beitritt zur Europäischen Union keine Wunder zu erwarten sind. So steht auch fest, dass mit der Beseitigung von manchen früheren rechtlichen Hürden zwar die juristischen Weichen für eine größere Ausgeglichenheit bezüglich des Geschlechterverhältnisses im öffentlichen Leben gestellt worden sind, dieses Ziel aber nicht automatisch erreicht wird. Neben den entsprechenden politischen Instrumenten sind hierzu gezielte Initiativen und vor allem die Beteiligung von den Frauen selbst notwendig, wobei sich an die Engagierten dann ein Doppelausspruch richtet, nämlich gleichzeitig in Gender- und Sachfragen kompetent zu sein, um ernst genommen zu werden. Im Hinblick auf die erstgenannte Kompetenz bewahrheitet sich die Jahrhunderte alte Erfahrung, dass es hier in erster Linie auf die Frauen selbst ankommt, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und frauenrelevante Themen unermüdlich immer wieder neu auf die politische Agenda zu bringen.

Ein Jahr nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union findet eine heftige Auseinandersetzung um die aktuelle Situation der Frauen statt. In keinem anderen der neuen Mitgliedsländer sind der Druck der katholischen Kirche und der Einfluss konservativer Kräfte so deutlich spürbar und gleichzeitig die Diskussion um die Ausrichtung der Frauenpolitik, die Frauenszene selbst sowie die Frauenforschung so lebendig und vielseitig. Letztlich stimmt hierbei optimistisch, dass der tiefreichende wirtschaftliche und politische Transformationsprozess, der eigentlich eine Jahrhundertaufgabe darstellt, in Polen erfolgreich in knapp einem Jahrzehnt bewältigt wurde und dabei zahlreiche polnische Spitzenpolitikerinnen europäische Anerkennung erlangten. Wenn die Messlatte von Anspruch und Wirklichkeit bei der politischen und beruflichen Teilhabe von Frauen auf ein

17 Vgl. den Aufsatz von Mateo Diaz/Millns in diesem Band.

gutes Mittelmaß gehängt wird, dann sieht – gerade von Deutschland aus betrachtet – die Situation für Frauen in Polen im Resultat keineswegs schlecht, ja in einigen Bereichen sogar eher fortschrittlich, in jedem Fall aber vielseitiger aus. Das soziale und kulturelle Potential für eine neue Qualität der Beteiligung von Frauen im öffentlichen Bereich ist in Polen deutlich gegeben, nun ist es an der Zeit, dieses auch national und europäisch zu erkennen und gemeinsam zu nutzen.

Literatur

Aulenbacher, Brigitte/Goldmann, Monika (Hg.): Transformation im Geschlechterverhältnis. Frankfurt/Main/New York 1993.

Beer, Ursula/Chalupsky, Jutta: Vom Realsozialismus zum Privatkapitalismus. Formierungstendenzen im Geschlechterverhältnis. In: Aulenbacher, Brigitte/Goldmann, Monika (Hg.), Transformationen im Geschlechterverhältnis. Frankfurt/Main/New York 1993.

Feldmann, Eva, Polen: ›Für Eure und unsere Freiheit.‹ Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität. Frankfurt/Main 2000.

Fuszara, Malgorzata, ›Unvollendete Demokratie‹: Frauen, Männer und die Macht in Polen. In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine, Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Bd. II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden 2004, S. 81-121.

Gröner, Lissy (Hg.), Europa der Frauen und EU-Osterweiterung. Straßburg/Brüssel 2002.

Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine, Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Bd. II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden 2004.

Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine, Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Beitrittsländern im Vergleich. In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.), Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Bd. II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden 2004, S. 285-306.

Kuczmowska, Wioletta, Kinder, Küche und Karriere. In: Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (Hg.), Polen verstehen. Sympathiemagazin Europa Nr. 34, Ammerland 1996, 14-16.

Mommsen, Margareta, Die politische Rolle der Frau in Ost und West. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1986 (B 6-7), S. 3-13.

Piotrowska, Joanna, Kobiety i Mężczyźni na rynku pracy GUS 2004, in: Fundacja OŚKa, 2004, <http://www.oska.org.pl/print.php?what=article&id=59> (14.6.05).

Rat der Europäischen Union, Europäischer Rat Kopenhagen, 21.-22. Juni 1993. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 22/6/1993, Nr. 180/1/93, http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/newsRoom/LoadDocument.asp?directory=de/ec/&filename=72924.pdf (3.6.05).

Schroedter, Elisabeth, Gender-Perspektiven im Erweiterungsprozess. In: Allroggen, Ulrike/Berger, Tanja/Erbe, Birgit (Hg.), Was bringt Europa den Frauen? Hamburg 2002, S. 129-144.

Women's Rights Center (Hg.), Polish Women in the 90's, o.J., <http://free.ngo.pl/temida/rapcont.htm> (22.6.05).